

Großherzoglich Hessische Zeitung.

No. 85.

Darmstadt. Freitag, den 26. März

1841.

Deutsche Bundesstaaten.

Von der Donau, 19. März. Es ist keinem Zweifel mehr unterworfen, daß die viel besprochene orientalische Angelegenheit, die Europa so lange in reger Spannung erhielt, nunmehr geordnet ist. Auf zuverlässigen Wege erfährt man, daß die Vetschaften, deren Ueberbringer Graf Hartig war, die vollkommenste Gelehrtheit gewähren, es werde Frankreich die politische Absendung aufgeben, zu welcher der Kenauer Vertrag vom 15. Juli es veranlaßte, sobald die bei diesem Vertrage beihaltigen Mächte erklären werden, daß mit der Erreichung seines Zwecks derselbe erloschen, dieser Zweck aber jetzt erreicht sey. (Vorsiehendes wird auch durch den früher mitgetheilten Artikel aus Galignani's Messinger bestätigt.) Diese Erklärung dürfte bereits in der Ausfertigung begriffen seyn und demnächst veröffentlicht werden. Zwar tauchen hin und wieder Besorgnisse auf, es möchten die zwischen England und Amerika eingetretenen Mißverhältnisse auf die Politik des französischen Cabinets Rückwirkung äußern; indessen, welche Stellung dieses Cabinet auch bei dem Zwischenfalle annehmen sollte, so ist kaum denkbar, daß dadurch der Friede auf dem europäischen Festlande gefährdet werden könnte, man müßte denn voraussetzen, es habe in Frankreich das revolutionäre Element die Oberhand gewonnen, das sich freilich um die Mittel zur Erreichung seiner Zwecke nicht viel kümmert. — Unter diesen Verhältnissen dürften Manche die Fortsetzung der Waffenrüstungen in Deutschland für unnothwendig erachten, vielleicht sogar bedauern, daß so große Kosten auf dieselben von den einzelnen Bundesstaaten verwendet wurden. Wer jedoch die Dinge nicht bloß oberflächlich beurtheilt, wird überzeugt werden, daß für das deutsche Heerwesen, worauf hauptsächlich die Selbstständigkeit des Bundes im europäischen Systeme beruht, ungenügend viel Heilkräften aus jenen Waffenrüstungen entspringen ist, und daß diese für alle Folgezeit dem gemeinsamen Vaterlande zu Statten kommen müssen. Man darf dahin vornehmlich, neben der Vervollständigung des Kriegsmaterials, die vervollkommnete formale Einheit zählen, die bei der Gelegenheit hergestellt wurde, und die, nächst der Einheit des patriotischen Geistes, der jenes Heerwesen belebt, ein Haupterforderniß ist, künftige Waffen-erfolge zu verbürgen. Zudem hat die heutige Krisis die Unumgänglichkeit dargezogen, der Ergänzung des deutschen Befestigungssystems nicht länger Anstand zu geben, und so ist man denn mittelst dieser Krisis zu einem Resultate gelangt, das ein langer als 25jähriger Frieden herbeizuführen nicht vermochte. (S. M.)

Berlin, 23. März. S. M. der König haben dem Kammerherren, Fein. v. Vibra zu Remrod, im Großherz. Hessen, den St. Johanner-Orden zu verleihen geruht. (Pr. St.-Btg.)

Hannover, 22. März. Im Senabrücker sind, wie das Gerücht geht, Untersuchungen anhängig wegen einiger an die dortige Provinziallandtschaft gebrachten Petitionen, die Verfassungsangelegenheit des Königreichs betreffend. — Das Gerücht von einer Nichtbefähigung der Hopfenen und Galenbergischen Schatzkassawahl, so unwahrscheinlich dasselbe auch ist, hält sich fernabwendend. — Wie man vernimmt, hat sich Hr. Wehner zu Göttingen — nachdem seine Klage auf Aufhebung der gegen ihn verhängten Confination von der königl. Justizkanzlei zu Göttingen zurückgewiesen worden und seine dagegen erhobene Appellation beim höchsten Tribunal zu Gelle ein gleiches Schicksal gehabt — nunmehr sowohl wegen einer in diesen Zurückweisungen behaupteten Justizverweigerung, als auch wegen jener Confination selbst, mit einer Vorstellung an die hohe deutsche Bundesver-

sammlung gewendet. Derselbe soll dieser seiner Vorstellung mehrere Gutachten deutscher Facultäten beigelegt haben. (Kaff. A. Z.)

Stuttgart, 24. März. Gestern Abend sind 33. K. K. H. H. der Prinz und die Prinzessin von Danien mit dem Erbprinzen aus dem Haag bei der königlichen Familie dahier eingetroffen, in deren Kreise höchstselben einige Zeit zu verweilen gedanken. S. M. der König hatte Seine durchlauchtigste Tochter in Heilbronn erwartet und hierher begleitet.

Niederlande.

Haag, 21. März. In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer der Generalsstaaten ist die Sache in Betreff der Zulassung der nordholländischen Deputirten endlich beendet worden. Mit einer kleinen Mehrheit sind sie in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Commission, welche den Grundlag beseitigt lassen wollte, zugelassen worden, nämlich mit 29 gegen 21 Stimmen.

Belgien.

Brüssel, 21. März. Die Gerüchte über den Ausweg, den der König wählen wird, um der politischen Krisis ein Ende zu machen, durchkreuzen sich hin und her. Die Einen tragen sich mit Eilen neuer Ministerien herum, die Andern geben die Auflosung der Kammern als eine bestimmte Thatsache an. Die Wahrheit ist, daß man sich noch zu keiner entschiedenen Maßregel entschlossen hat. Auf beiden Seiten sind große Schwierigkeiten. Wärdet der König das Ministerium, so scheint er dem Senate Recht wider die Repräsentantenkammer zu geben; löst er die Kammern auf, so ist der Erfolg der neuen Wahlen im Sinne des schwanfenden, in sich selbst uneinigten, nur nach Neuerungen lustigen und nur in der Opposition gegen die Katholiken einträchtigen, liberalen Elements zu besorgen; denn die Minister werden sich natürlich mit dem Einflusse, der ihnen zu Gebote steht, auf die Seite derjenigen werfen, die sie in der Kammer unterstützt haben. Und doch wäre die Auflosung der Kammern, bei aller Besorgniß, die sonst die Maßregel einfließen muß, derjenige Schritt, welcher des Königs eigene Verantwortlichkeit am wenigsten blossstellte. Am einfachsten wäre der Ausweg, wenn die Minister selbst ihre Entlassung forderten, und so die Bildung eines neuen Ministeriums notwendig machten, ohne daß dem Könige die erste Veranlassung dazu beigegeben werden könnte. Die Auflosung der Kammern ist daher auch, so wie gegenwärtig die Sachen stehen, wahrscheinlicher als das Gegentheil. (Köln. Z.)

Schweiz.

Aus dem nördlichen Jura, vom 21. März. Die außerordentliche Tagelassung hat die 8 Tage, während welcher sie nun beisammen ist, keineswegs unbenützt vorübergehen lassen. Nicht nur sind schon viele lange und warme Reden für und gegen die Kloster im Schloße dieser Versammlung gehalten, ist Aargau hart angelassen, und auch der Vorort stark getadelt worden, sondern, was das Wichtigere ist, es hat sich bereits aus einer am Freitage stattgehabten Abstimmung herausgestellt, daß Aargau kaum noch die Hoffnung hegen darf, seine Klostermaßregeln vom Bunde gutgeheßen zu sehen. Diese Abstimmung betraf die von Basel-Stadt vorgeschlagene Niederlegung einer Commission, beauftragt mit der näheren Prüfung der von Aargau vorgebrachten Vertheidigungsgründe und der gegen diesen Stand erhobenen Klagen. Für die Ernennung eines solchen Untersuchungsausschusses sprachen sich 11 Stände, und zwar gerade diejenigen aus, welche Aargaus Benehmen am meisten mißbilligten. Mehrere der in die fragliche Commission gewählten Gesandten sind ausgezeichnete und einflußreiche Persönlichkeiten der jetzigen Schweizpolitischen Welt und, obwohl verschieden durch Gesinnung, doch einig